

GRÜNSCHNABEL



streitbar, ehrlich,
unentbehrlich

Nr. 2/05

Bündnis 90 / Die Grünen Glinde

September 2005

Bundestagswahl: Rot-Grün unbedingt abwählen?

Warum eigentlich? Was soll die Union besser können? Oder gar die FDP?

Die Stimmung(smache) im Land ist eindeutig: Rot-Grün muss weg, was immer danach komme! - Woher kommt diese Stimmung? Kann die CDU es besser machen? - Gibt es vielleicht auch gute Argumente, Rot-

Grün weiter regieren zu lassen?

Rot-Grün ist seit 7 Jahren in der Regierungsverantwortung. In dieser Zeit hat sich einiges sehr schnell und sehr heftig verändert.

Die Globalisierung hat unsere und die anderen westeuropäischen sozialen Marktwirtschaften erreicht. Die Erweiterung der EU gen Osten hat diese Entwicklung nicht verstärkt, sie bietet aber die Chance, bedingt Einfluss zu nehmen, über europaweit verbindliche Regeln (Mindestlöhne, Ausgestaltung von Arbeitsplätzen usw.).

Wir als Volkswirtschaft und wir persönlich haben jahrzehntelang auf Kosten der zweiten und dritten Welt unseren Wohlstand vermehrt. Diese goldenen Zeiten sind vorbei, die anderen wollen auch Wohlstand und bieten Arbeit zu niedrigeren Preisen an.

Alle Appelle der Medien an 'die Politik': 'Tut endlich was gegen die Arbeitslosigkeit' sind insofern verlogen, als sie den Eindruck erwecken, eine Bundesregierung könne ernsthaft Entscheidendes tun.

Arbeitsplätze werden von Unternehmen geschaffen oder wie dieser Tage eher vernichtet, nicht von einer Regierung. Der Trend in den Betrieben geht derzeit dahin, im weniger Beschäftigten immer mehr Arbeit aufzubürden. Das geht nicht nur auf 'die

Knochen', das geht auch auf Kosten der Qualität der abgelieferten Arbeit.

Eine deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit wird es nur geben, wenn die Unternehmen bereit sind, mehr Leute weniger arbeiten zu lassen. Dazu müssten sich allerdings auch die Gewerkschaften bewegen. Sie müssten sich mehr um die Arbeitslosen kümmern, zum Verzicht auf Lohnerhöhungen bereit sein, statt für immer weniger Kollegen immer höhere Löhne auszuhandeln.

Die Konzepte von Union und FDP gehen in die andere Richtung: Noch mehr Stunden für die, die Arbeit haben und das dann auch noch bis zum siebzigsten Lebensjahr. Ansonsten wird auf die wundersame Kraft des Wachstums gesetzt, da haben sich zuletzt erst Schröder und Clement



Weitere Themen

ÖPNV wird dünner	4
Stadtentwicklung	5
- Olande	5
- Depot	5
- Stadtmitte	6
- Golf und mehr	6
- Konzept?	7
- Südumgehung zu Bauland	7
Letzte Seite	8

fürchterlich vertan.

Rot-Grün hat versucht, dem Rationalisierungstrend durch Steuererleichterungen entgegenzuwirken, ohne Erfolg. Es scheint uns, dass gerade die Großkonzerne solche Geschenke gerne mitgenommen haben. So hatten sie noch mehr Manövriermasse für Entlassungen oder Verlagerungen von Betriebsteilen ins Ausland.

Die Grünen haben versucht, diesem Trend zumindest in Teilen entgegenzuwirken durch die Förderung neuer, zukunftsträchtiger Arbeitsplätze im Bereich der 'erneuerbaren Energien'. Das hat die Zahl der vernichteten Arbeitsplätze bei weitem nicht ersetzen können, es zeigt aber den Weg für die Zukunft auf: Innovative Produkte, die auf der ganzen Welt helfen, die **Energieversorgung** der Zukunft zu sichern, und die sich auch exportieren lassen.

Und damit sind wir beim zweiten Punkt, den wir zur Kenntnis nehmen werden müssen.

Die fossilen Energievorräte dieser Erde sind endlich! In absehbarer Zeit, da reden wir nur noch von einigen –zig Jahren, werden auf jeden Fall die Erdöl- und Erdgasvorräte aufgebraucht sein. Wir leben aber im Wesentlichen in den Tag hinein, als hätten wir noch eine zweite Erde mit entsprechenden Vorräten in Reserve.

Die Verteilungskämpfe sind bereits in vollem Gange und neue Akteure wie etwa China und Indien mischen munter mit. Die brauchen auch Energie für ihre Industrie und die wollen auch Autofahren.

Sollten wir weltweit alle nicht langsam einmal über Mäßigung und die schnellstmögliche Weiterentwicklung aller erneuerbaren Energien nachdenken. Das brächte zusätzlich auch noch etwas

gegen den fortschreitenden Klimawandel (die letzten verheerenden Überschwemmungen in den Alpen, der letzte Hurrikan in den USA sind gerade Mal ein paar Tage her). – 'Nebenbei': Wird die Frage der Energieversorgung nicht rechtzeitig angegangen, werden Verteilungskämpfe um die verbliebenen fossilen Energieträger unvermeidlich sein, erst regional und dann weltweit.

Wir wissen, dass Mäßigung beispielsweise eines der Wörter ist, die irgendwie nach Verzicht klingen. Das mögen die Wähler nicht so sehr gerne. Die Wähler möchten aber auch nicht belogen werden, wofür wir sehr viel Verständnis haben. – Was tun? – Wir entscheiden uns dafür, uns, wenn schon, dann mit der Wahrheit unbeliebt zu machen.

Wer in dieser Situation die Abschaffung der Ökosteuer fordert und der 'Benzinwut' das Wort redet, so wie es Teile der Medien tun, hat sich von verantwortungsvollem Journalismus schon lange verabschiedet.

Die Ökosteuer hat es zumindest geschafft, u. a. den Spritverbrauch zu reduzieren, wenn auch noch viel zu wenig. Ihr Aufkommen stellt seit Jahren sicher, dass die Beiträge zur Rentenversicherung nicht erhöht werden.

Ihre Abschaffung wäre deshalb nicht nur umweltpolitisch das falsche Signal. Das würde auch die Rentenbeiträge ordentlich in die Höhe treiben. – Aus letzterem Grund werden Union und FDP, die keine Gelegenheit auslassen, gegen die Ökosteuer zu wettern, nach einer gewonnenen Wahl sich mächtig hüten, an ihr zu rühren.

Zur Lösung der heutigen und zukünftigen Energieprobleme bringt die Union im Verbund mit der entsprechenden Industrie wieder die Risikotechnik von gestern, die Kern-

energie ins Gespräch. – Ist Tschernobyl schon zu lange her? Brauchen wir ein neues? Wollen wir die Kernenergie weiter mit Milliarden subventionieren, statt den Ausstieg konsequent fortzusetzen? Wollen wir die Endlagerung weiteren Atommülls hunderten, tausenden weiteren Generationen überlassen? Übrigens: Auch die Uranvorkommen sind endlich.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist die Zukunft, auch wenn das den deutschen Energie-Multis und ihren kurz-sichtigen wirtschaftlichen Interessen nicht gefällt. – Yellow-Strom ist allenfalls in der Werbung gelb, nicht gut, weil zu großen Teilen aus Atomstrom bestehend, und auch nicht günstig, Strom von alternativen Anbietern unterscheidet sich im Preiskaum und ist zukunfts-trächtiger.

Einen dritten Punkt müssen wir zur Kenntnis nehmen: Globalisierung und Energiefrage wirken sich auch auf die **Außenpolitik** aus. Auch sie ist globalisiert. Entwicklungen selbst in den entferntesten Winkeln dieser Erde werden wir in Zukunft Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Lebensbedingungen in der dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe, nicht für die goldenen Bäder des jeweiligen Alleinherrschers, durch Entwicklungshilfe zu verbessern, sollte in unserem ureigenen Interesse liegen.

Es gibt doch viel mehr Sinn, den Menschen vor Ort ein menschenwürdiges Einkommen zu ermöglichen, als sie den ja auch nicht so einfachen Schritt tun zu lassen, z. B. in Deutschland um Asyl und Arbeit nachzusuchen.

Auch der Zulauf zum Terrorismus hat etwas damit zu tun, wie sich die Menschen, vom 'Westen' behandelt fühlen. Das ist aber nur die eine Seite. Die andere Seite sind die (Selbstmord-)Attentate, die im wesentlichen Unschuldige treffen. Sie ent-

**NEUE IDEEN FÜR
NEUE JOBS**

MACH MIT!
www.gruene-aktion.de

BUNDEWEIT MIT
DIE GRÜNEN

sprechen nicht dem Islam, im Gegenteil.

Beide Seiten müssen umdenken. Dem Westen stünde mehr Bescheidenheit und Rücksichtnahme gut zu Gesicht. Vor allem in den arabischen Staaten wäre es gut, wenn die Menschen selbstständiger würden, sich nicht nur über andere beklagten, stattdessen ihre Potentaten zum Teufel jagten und anfangen, darüber nachzudenken, wie sie denn die Zeit nach dem Erdöl positiv gestalten könnten.

Es gibt auch andere wichtige Punkte bei dieser Wahl (Kinderbetreuung, Bildung, gesunde Ernährung usw. - Lesen Sie gerne unser Programm). Die Punkte Wirtschaft, Energie und Außenpolitik halten wir aber für überlebenswichtig.

Glaubt man den Medien oder auch der Union und der FDP, hat Rot-Grün das Land so heruntergewirtschaftet, dass nur ein **Aufbruch**, ein

Neuanfang verbunden mit grundlegenden tatsächlichen Reformen uns aus dem Elend erlösen kann. - Was glauben Sie denn? Wer schafft den Aufbruch? Und vor allem, wie soll er finanziert werden?

Der Wunsch, alles solle sich ändern und besser werden, und niemand soll davon negativ betroffen sein, ist ja verständlich. Aber halten Sie das in der augenblicklichen Lage nicht eher für eine Illusion?

Die PDS / WASG ist bedingungslos populistisch bis hin zur Übernahme rechter Parolen. Sie sollte nicht in die Verantwortung kommen (das will sie auch gar nicht), für 200 Milliarden Euro (soviel kostet ihr Programm) den Sozialstaat wieder auf den nicht mehr finanzierbaren Stand vor Rot-Grün zurückzuführen.

Glauben Sie, dass die Union oder gar die FDP (mehr FDP, weniger Steuern) Reformen vornehmen

wird, ohne dass diese mit Einschränkungen verbunden sein werden? Und wenn die SPD schon schweren Herzens, und das billigen wir ihr zu, bei ihrer Klientel hingelangt hat, wo werden wohl Union und FDP hinlangen? - Ja! Bei der gleichen Klientel, nur etwas heftiger, jedenfals nicht bei den Besserverdienern!

Rot-Grün hat sich mit den grundsätzlich richtigen, über Einzelheiten lässt sich sicher streiten, Reformen unbeliebt gemacht. Sie haben das nicht gemacht, weil sie gerne Leute ärgern oder weil sie sich gerne anmachen lassen, sondern weil sie vor allem im Sozialbereich finanziell keine andere Möglichkeit sahen.

U. a. war 'die Ren nicht mehr sicher'. Im gesamten Sozialbereich musste sich mit dem in 16 Jahren Kohl (der gehört der Partei an, die jetzt wieder alles besser weiß) Reformstau auseinandergesetzt werden, sicherlich nur selten unter großem öffentlichen Beifall.

Eine Kritik teilen wir: Wenn schon gespart werden muss, dann bitte auch bei allen und nach ihren Möglichkeiten. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer (mit ausreichenden Freibeträgen), hätte auch Spitzenverdienern ihren Solidarbeitrag abverlangt.

Gehen Sie wählen!

Zur Wahl von Erststimme Rot und Zweitstimme Grün rufen wir diesmal nicht auf. Uns nerven bei Teilen der SPD die Absetzbewegungen und das ungefragte Bekunden, auch unter Frau Merkel gerne weiter ein Ministeramt ausfüllen zu wollen. Wir halten auch unsere Konzepte für die zukunftsfähigeren.

Wenn Sie weiterhin Grüne in der Verantwortung wollen, wählen Sie uns bitte auch!

Unser Direktkandidat

**für den Wahlkreis 10
Herzogtum Lauenburg –
Stormarn-Süd**

Konstantin von Notz

Konstantin von Notz arbeitet als Rechtsanwalt in Mölln. Politisch engagiert sich der 34-Jährige vor allem im Innen- und Rechtsbereich, in der Jugend- und Bildungspolitik. Seit 2004 ist er Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Demokratie und Recht von BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Seit seiner Kandidatur im Möllner Bürgermeisterwahlkampf ist er Ratscherr in der Möllner Stadtvertretung. In diesem Jahr wurde er in den Parteirat der schleswig-holsteinischen GRÜNEN gewählt.



Den Wahlkampf sieht Konstantin von Notz mit Spannung und Optimismus. Die GRÜNEN hätten in der Regierungsverantwortung in den letzten sieben Jahren vieles in diesem Land zum Guten verändert.

Der Schutz von VerbraucherInnen, der Atomausstieg, das neue Zuwanderungsgesetz, die Außenpolitik Joschka Fischers, all dies sei aber erst ein erster Schritt. FDP und CDU stünden dagegen für eine fantasielose Politik mit alten, gescheiterten Rezepten.

"Wer aber die eingeschlagene Richtung unterstützt, wer weitere Schritte hin zu einer gerechten und nachhaltigen Wirtschaftspolitik, einer deutlichen Verbesserung von Kinderbetreuungsangeboten und wer weg vom Öl will, wer für ein offenes Europa und für den Schutz von Bürgerrechten eintritt, der muss bei der kommenden Bundestagswahl mit beiden Stimmen GRÜN wählen".

WEG VOM ÖL

MACH MIT!

www.gruene-aktion.de

BUNDNIS 90
DIE GRÜNEN

ÖPNV noch schlechter

11-er endet immer noch am Markt / 137-er und 237-er getauscht, längere Umsteigezeiten ■ Von Wolf Tank

Die Verschlechterung der Bus-Verbindungen in Glinde ist in der Stadtvertretung diskutiert und eine Resolution an den Kreis und die VHH (Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein) fast einstimmig verabschiedet worden. – Geholfen hat das bisher wenig.

In der Resolution vom 9.6. hatten wir vom Kreis u. a. gefordert, die Busse der Linien 11 und 137 an der Haltestelle 'Am Sportplatz' statt am Markt enden zu lassen und der Stadt Zahlenmaterial zukommen zu lassen, das belegt, warum sich das angeblich nicht rechnet.

Ergänzend wurde von der SPD gefordert, den Tausch der Linien 137 und 237 ab Glinde Markt rückgängig zu machen, zumindest die Umsteigezeiten auf maximal 10

Minuten zu begrenzen.

Am 17.8. fand dann ein Gespräch beim HVV (Hamburger Verkehrsverbund) statt. Vertreter der Gliner Fraktionen diskutierten die in der Resolution angesprochenen Punkte mit dem zuständigen Sachbearbeiter des Kreises, Herrn Schönfeld, und Herrn Kruse vom HVV.

Zum 11-er kam von beiden Herren die klare Position, dass der Kreis die Versorgung Glandes durch diese Linie zu einem quasi Festpreis an die VHH (Verkehrsbetriebe Hamburg-Holstein) vergeben habe.

Die geltenden Fahrpläne inklusive des Endpunktes Glinde, Markt seien Bestandteil dieses Vertrages und die VHH würden sich jeden Mehr-

aufwand bezahlen lassen. Alle Fahrten der Linien 11 und 137 am Haltepunkt 'Am Sportplatz' starten und enden zu lassen, wären Mehraufwand, auch wenn die Busse dort eh wenden würden.

Über die unverbindliche Regelung, dass die Fahrer mit Endhaltestelle Markt angewiesen seien, auf der Fahrt zu und vom Wenden am Punkt 'Am Sportplatz' Fahrgäste mitzunehmen, wolle die VHH auf keinen Fall hinausgehen. – Als weiteres kleines Bonbon, seien die Fahrer jetzt zusätzlich angewiesen, durchzusagen, dass sie auch nach dem Markt noch halten.

Interessant fand ich Zahlen des HVV, die belegen, dass sich die Zahlen der Fahrgäste, die an der Mühlenstrasse ein- oder aussteigen, nach der Reduzierung der Fahrten nicht verändert haben. Augenscheinlich haben die Fahrgäste sich den neuen Takten angepasst. Das macht es nicht einfacher, gegen den neuen Fahrplan zu argumentieren.

Lange Rede kurzer Sinn: Kreis und HVV haben kein Interesse, den gegenwärtigen Zustand zu ändern, die VHH sowieso nicht, es sei denn, die Stadt Glinde zahlte, was sie nicht tun wird.

Es bleibt das Prinzip Hoffnung: Spätestens wenn das Depotgelände bebaut wird, wird man das Thema neu diskutieren müssen. Bis dahin bleibt nur, die Verantwortlichen immer wieder zu erinnern, das können auch Sie tun: Rufen Sie an bei VHH und HVV, beim Kreis, schicken Sie Mails!

137-er und 237-er beginnen zwar immer noch in Bergedorf bzw. in Reinbek, der 137-er endet aber nun in Willinghusen, später bei Möbel Krieger, dafür fährt nun der 237-er

zur Steinfurth Allee. Auch darüber und über veränderte Umsteigezeiten wurde gesprochen.

Begründet wurde der Tausch mit Möbel Krieger. Es wird seitens des HVV unterstellt, das Möbelhaus wurde eher Arbeitskräfte aus Bergedorf, als aus Reinbek beschäftigen, die auf eine Busverbindung angewiesen seien.

Ob das wirklich so ist, wird die Zukunft zeigen. Ehrlicher hätte ich eine Aussage gefunden, dass man so bestimmte Takte bei den Fahrten betriebswirtschaftlich besser abbilden kann. Die Busse haben keine Wartezeiten, außer den vorgeschriebenen Pausen.

Wir haben dem entgegengehalten, dass es von Glinde, gerade was auch ältere Mitbürger betrifft, eher Fahrten nach Reinbek, etwa zum Krankenhaus, gibt, die jetzt aus dem Gliner Norden nur noch mit Umsteigen zu bewerkstelligen sind, und das dann mit Wartezeiten von zum Teil bis zu 40 Minuten.

Zumindest an diesem Punkt wurde uns vor allem vom Vertreter des Kreises zugesichert, dass die Umsteigezeiten überprüft und möglichst verkürzt werden sollten, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Reinbeker Buslinien, wie dem 136-er.

Zusammenfassend muss ich feststellen, dass auch beim ÖPNV sich die leeren öffentlichen Kassen bemerkbar machen und versucht wird, zu optimieren. – Solange das Sparen die Qualität des ÖPNV nicht entscheidend vermindert, ist das vielleicht auch gar nicht so verkehrt. Die Fahrgäste von und zur Mühlenstrasse jedenfalls scheinen zu Abstrichen beim Komfort bereit.



Stadtentwicklung

Ohne Konzept, aber an verschiedenen Baustellen ■ Von Wolf Tank

Das neue Wohngebiet Olande wächst, die Bebauung des Depotgeländes rückt näher und das Bauvorhaben auf dem Parkplatz Mühlenstrasse liegt erst einmal auf Eis. – Das von uns geforderte Stadtentwicklungskonzept wird von der CDU-Mehrheit ausgesessen, es läuft sich doch auch so alles zurecht, wozu hat man die Mehrheit.

Olande wächst

Die CDU hatte für das Wohngebiet Olande mit ihrer absoluten Mehrheit festgelegt, dass bis zur Depotbebauung pro Jahr und pro Haustyp nur festgelegte Kontingente erstellt werden dürfen.

Nun hat sich die Nachfrage nach Einzelhäusern stärker, die nach Reihen-

häusern schwächer als erwartet und den Kontingenten entsprechend entwickelt. – Das kann passieren.

Dann kann man den Beschluss mit den Kontingenten mit der gleichen CDU-Mehrheit im Bauausschuss korrigieren, wie dann letztlich auch geschehen, oder man lässt die Einzelhausanwärter noch ein Jahr warten.

Eins hätte sich die CDU jedenfalls sparen können, die von ihr reichlich emotional geführte Debatte, in der die DDR-Planwirtschaft noch einmal aufleben durfte. – Man hätte meinen können, als die Kontingente beschlossen wurden, war die absolute Mehrheit der CDU nicht anwesend, vielleicht war sie es ja auch wirklich nicht, geistig.

Das Depot wird erst geplant

Die Depotplanung geht ihren Weg. Als Investor wird wohl die LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) antreten, die inzwischen nicht mehr dem Land gehört, sondern privatwirtschaftlich agiert.

Die Einbindung der Stadt Glinde quasi als Co-Investor wird ob ihrer Rechtsform noch diskutiert, es laufen die ersten Verhandlungen mit dem Bund über den Kaufpreis. – Das ganze bewegt sich in einem nicht unkomplizierten Spannungsverhältnis:

Eigentümer ist der Bund. Der möchte das Gelände gerne für möglichst viel Geld loswerden. Die Planungshoheit hat die Stadt. Zurzeit ist das Areal als Militärgelände ausgewiesen und damit nicht viel wert. Die LEG im Verbund mit der Stadt wird ihre jetzigen Planungen (dazu später) nur realisieren können, wenn der Kaufpreis stimmt.

Nun wird gehandelt, wobei wir davon ausgehen, dass die Stadt Glinde die besten Karten hat, mit denen sie auch sehr sorgfältig umgehen sollte. – Ihre Gremien entscheiden über eine Änderung des Bebauungsplanes von Militärgelände zu Wohn- und Gewerbegebiet. Ohne diese bleibt das Gelände für den Bund wertlos.

Natürlich hat auch die Stadt ein Interesse, das Gelände zu nutzen und eine bisher fehlende Verbindung von Glinde Nord-Ost nach Wiesenfeld und zu den Schulen herzustellen. – Aber halt nicht zu jedem Preis.

Sie wird diesen Preis gegenüber dem Bund in einem vertretbarem Rahmen vorgeben können. Die Gremien der Stadt sollten mit diesem Pfund sehr sorgfältig umgehen. Rea-

listische Planungen der Stadt, so wie sie im kürzlich vorgelegten Strukturplan verabschiedet wurden, sollen dann auch ohne Abstriche umgesetzt werden.

Wenn dem Bund oder der LEG das nicht gefällt, weil dem einen zu billig oder dem anderen zu teuer, bleibt das Gelände halt so wie es heute ist. – Wir sehen nicht, dass die Stadt und ihre Gremien da einen Entscheidungsdruck haben und wir möchten vor allem nicht, dass wir noch so ein Desaster wie mit dem Parkplatz an der Mühlenstrasse (dazu später) erleben.

Nun auch noch einmal zum Inhalt der Depotbebauung: Nach den letzten Beschlüssen (gemäß o. a. Strukturplan) soll der für Gewerbe vorgesehene Anteil deutlich, der für Wohnungen leicht reduziert werden mit der Tendenz zu mehr Eigenheimen.

Trotzdem reden wir da immer noch von bis zu 650 Wohneinheiten, irgendwie immer noch zuviel.

Davon abgesehen finden wir die Planung auf dem jetzigen Stand erst einmal akzeptabel. Sie enthält viele Grünzonen und Verbindungswege, viele Spiel- und Kommunikationsecken, sie erhält einige der alten Gebäude und ein paar Meter Gleise und sie wird auch altengerechten und ökologischen Gesichtspunkten (Blockheizkraftwerk) im Ansatz gerecht.

Über die konkrete Ausgestaltung der altengerechten Wohnungen wird man sicherlich noch im Detail reden müssen, wie auch über die Bauform der Häuser (ein Schuhkarton neben dem anderen oder lebendige Vielfalt) wie auch über die Bauart (Niedrigenergiehäuser o. ä.).



Die Stadtmitte bleibt, wie sie ist

Die Neugestaltung der Stadtmitte, vor allem des Parkplatzes an der Mühlenstrasse ist in der geplanten Form wohl erst einmal vom Tisch.

Die Partnerin der Stadt, die Firma Goldbeck, hat sich zunehmend schwer getan mit dem Projekt. Erst wurde der große Einkaufsmarkt als Magnet für zusätzliche Kunden für die Gliner Innenstadt gedacht, aufgegeben zugunsten von kleineren Geschäften, die eher nur den bestehenden ruinöse Konkurrenz beschert hätten, dann war auch kein Partner für das seitens der Stadt gewollte 'betreute Wohnen' mehr da.

Goldbeck versuchte dann, finanziell und überhaupt (die Firma hat durchaus einen Ruf zu verlieren) zu retten, was nicht mehr zu retten war. War die bauliche Gestaltung des Objektes ur-

sprünglich durchaus anspruchsvoll (ein Grund, warum wir das Projekt mitgetragen haben), wollte Goldbeck in mehreren Anläufen immer mehr auf eine unattraktive Industriebauweise hinaus.

Das war dann irgendwann auch der CDU-Mehrheit zu viel. Und jetzt haben wir eine Patt-situation. Goldbeck möchte weitere Abstriche bzgl. der Bauweise, die das Bauen für sie billiger machen, die CDU möchte keine weiteren Abstriche, wir schon lange nicht mehr.

Wie das Spiel ausgeht, sollten Gerichte bemüht werden, ist völlig offen, wahrscheinlich ist, das Goldbeck draufzahlt, es könnte aber auch die Stadt treffen oder ausgehen, wie das Hornberger Schiessen.

Wir denken, dass der Vertrag zwischen der Stadt Glinde und Goldbeck ein großes Missver-

ständnis war, an dem zur Not keine Seite Schuld trägt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in den letzten Jahren deutlich verändert, im Verbund damit hat Goldbeck sich wohl auch ein wenig überschätzt.

Bevor diskutiert wird, wie es denn nun weitergehen soll (erneute Ausschreibung oder was auch immer), muss das Verhältnis zu Goldbeck diskutiert und geklärt werden. Wir plädieren für eine Wiederherstellung des Status Quo vor der Planung.

Das Gelände geht zurück an den Sönke-Nissen-Nachlaß, der Bauplan sieht wieder eine 6-geschossige Bebauung zur Möllner Landstrasse vor und alle Beteiligten überlegen neu, wie das Gelände, auch für die Stadt, optimal zu nutzen sein könnte.

Neben diesen großen Überlegungen sind von der Verwaltung, den Fraktionen, den Gewerbetreibenden inklusive der Marktbesucher gemeinsam Ideen entwickelt worden, wie denn Markt und Fußgängerpassage freundlicher gestaltet werden könnten.

Der Bauausschuss hat die Verwaltung beauftragt, diese Ideen unter Hinzuziehung eines Planers weiterzuentwickeln und ein über die Jahre verteiltes Realisierungs- und Finanzierungskonzept vorzulegen.

Da die Ideen erst einmal nur eine Ideensammlung sind, liegt es in der Natur der Sache, dass sie auch widersprüchlich sein können, zur Not auch innerhalb einer Argumentation. – Wünscht ein Markthändler Bäume, die Schatten spenden, gleichzeitig kein Laub abwerfen und beim Rangieren mit dem Stand nicht im Wege stehen sollen, wird die Fantasie des Planers gefragt sein. – Wir hoffen, er entscheidet sich nicht für Gummibäume!

Golfplatz wächst und braucht Hotel

Glinde hat nun seit Jahren einen Golfplatz. Wir Grüne wollten ihn nicht, nicht weil wir per se etwas gegen das Golfspielen hatten, sondern weil wir Golfplätze lieber weiter außerhalb wie etwa in Dassendorf angesiedelt gesehen hätten, statt dass ein Zehntel der Gliner Stadtfläche damit einer anderen potentiellen Nutzung entzogen wurde.

Nun gut, nun haben wir ihn. Der Golfplatz wächst, Loch für Loch. Die Spieler mögen gar nicht aufhören und fragen nach Übernachtungsmöglichkeiten. Da bietet sich natürlich der Bau eines Golfhotels an, mit allem Komfort und zurück in der Größenordnung von 120 Zimmern. – Das wäre so weit auch in Ordnung, gäbe es da nicht das Classic Hotel.

Wir wollen die Vergangenheit, was den TSV Glinde und das Hotel betrifft, nicht noch einmal im Detail aufrollen, Fakt ist: Hätten sich nicht Gliner Mitbürger gefunden, die nach langem, vergeblichem Suchen nach einem Käufer (die warteten nur, dass der Preis weiter fallen möge) und unter nicht unerheblichen persönlichen finanziellen Verlusten das Hotel und die Tanzsporthalle übernommen hätten, wäre der TSV Pleite gewesen.

Die Stadt Glinde hätte nicht nur Kredite und Bürgschaften in Millionenhöhe abschreiben können, sie hätte auch, wie auch immer und wie teuer auch immer die Arbeit des TSV, vor allem, was die Jugend betrifft, auffangen müssen, und das bei leeren Kassen.

Lange Rede kurzer Sinn: Bei den Besitzern des Classic-Hotels fühlen zumindest wir uns in der Schuld. Der Pächter hat wohl auch schon geäußert, er sähe keine Konkurrenz zu einem Golfhotel. Wenn die Eigentümer das auch so sehen, soll es uns Recht sein.



Stadtentwicklung und Konzept, geht das?

Auf Antrag der Grünen wurde einvernehmlich unter allen Parteien in der Gliner Stadtvertretung die Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes beschlossen. Unser Ziel war es, davon wegzukommen, dass je nach aktuellen politischen Mehrheiten und Druck interessierter Lobbyisten hier mal wieder ein neues Wohngebiet, dort ein neues Gewerbegebiet errichtet wird.

Wir wollten, dass für alle Gliner deutlich ist, was in den nächsten Jahren auf sie zukommt, wo sie mit wie viel Verkehr mehr rechnen müssen oder wo sie einen neuen Kindergarten oder eine paar zusätzliche Schulräume mehr brauchen könnten und finanzieren müssten.

Die CDU-Mehrheit hat nach unserer Einschät-

zung von Beginn an wenig von einem solchen Konzept gehalten. Sie hat solange mitgezogen, wie die Ergebnisse des beauftragten Planungsbüros sich noch auf der Ebene von Bestandsaufnahmen und groben Überlegungen bewegten.

Sie hat dann durch die Bürgervorsteherin eine Einwohnerversammlung einberufen lassen, wo völlig klar war, dass zu diesem Zeitpunkt höchstens Ansätze, jedenfalls keine konkreten Vorschläge präsentiert werden konnten.

Die öffentliche Resonanz war entsprechend, ein Vertreter des Stadtmarketing, lange Jahre für die CDU Vorsitzender des Bauausschusses, konnte genüsslich feststellen: "Das ist doch alles nichts Neues." – War den Grünen auch klar.

Seitdem wird das Thema ausgesessen. Das heißt: Wir machen weiter wie bisher, nun mit abso-

luter CDU-Mehrheit. Es herrscht weiter die Beliebtheit. Politische Mehrheiten in der Stadt oder auch Einzelne mit Überzeugungskraft, aber natürlich nur in einer großen Fraktion, wollen ihre Duftmarken hinterlassen, also muss geplant und gebaut werden, alles andere können sie nur als Stillstand oder gar Rückschritt begreifen.

Die Entwicklung der Bevölkerung ist bundesweit rückläufig und wird das voraussichtlich auch bleiben. Das bestreitet auch niemand. In Hamburg und Umgebung stellt sich das sicherlich weniger krass und es gibt Gestaltungsmöglichkeiten.

Für Kommunen, die attraktiv sein und bleiben wollen, gibt es mindestens zwei Möglichkeiten: Sie pflegen den Bestand, d. h. sie sehen zu, dass sie für die, die schon hier wohnen, gerade auch für die Alten, die ja anteilmäßig immer mehr werden, das Wohnumfeld verbessern. Oder sie setzen voll auf neue Wohngebiete mit jungen Familien. – Na ja, dazwischen gibt es sicherlich auch noch einen gesunden Mix.

Ich habe in Glinde das Gefühl, der Trend geht eher in Richtung 'Wir buhlen um junge Familien', koste es, was es wolle, aber wie gesagt, ohne Stadtentwicklungskonzept, sprich ohne Plan!

Südumgehung zu neuem Bauland

Der Eigentümer des Golfplatzes ist Herr Lesau. – Was das mit der Südumgehung zu tun hat, fragen Sie? – Kommt gleich.

Ich habe in der Vergangenheit schon einmal unterstellt, dass Herr Lesau ein vielseitiger Landwirt ist. Er hat Geld, das sei ihm gegönnt, um hier und dort auch größere landwirtschaftliche Flächen aufzukaufen.

Die möchte er möglichst profitabel nutzen. Das

heißt für ihn, so unterstelle ich weiter, im schlimmsten Fall, nutzt er sie landwirtschaftlich, das kann er und das bringt ihm eher Nutzen als Schaden.

Schöner für ihn ist es natürlich, wenn er solche Flächen mit Gewinn vermarkten kann. Da ist so ein Golfplatz schon ganz nett und da werden die Verträge mit allen Beteiligten, unterstelle ich schon wieder, vermutlich so sein, dass zumindest ein wenig Gewinn über bleibt, wie auch beim Hotel. – Auch der sei ihm gegönnt.

Nun propagiert die CDU schon seit einiger Zeit (die SPD hat nie so richtig widersprochen) die Idee, die Avenue St. Sebastien zur verkehrsberuhigten Zone zu machen, dafür die Verbindung von OBI zur Gliner City (an der halbwegs scharfen Rechtskurve quasi geradeaus) durch die Feldmark und die Sönke-Nissen-Allee am Markenden zu lassen. Verharmlosend wird das auch gerne 'kleine Südumgehung' genannt.

Verkehrspolitisch gibt das aus unserer Sicht nicht so furchtbar viel Sinn. So oder so wird man mit dem Auto nicht wesentlich schneller nach Hamburg kommen.

Was den Wohnwert betrifft, wird es eine Vermögensumverteilung zwischen den Eigentümern an der Avenue und den Eigentümern an der Allee geben. Das Eigentum der einen wird mehr Wert, weil der Verkehrslärm nachlässt, Bei den anderen ist es genau umgekehrt. Für die Anwohner wird es hier leiser, dort lauter.

Was gäbe denn möglicherweise Sinn? Eine der ersten Ideen der Planer zum Stadtentwicklungskonzept, die leider nie an die Öffentlichkeit gelangten, beschäftigten sich u. a. mit der Möglichkeit, in dem Gebiet westlich der Avenue in Zukunft und abhängig vom Bedarf

**KINDERBETREUUNG
FÜR ALLE**

MACH MIT!
www.gruene-aktion.de

BUNDLES 90
DIE GRÜNEN

Häuser und Wohnungen citynah für die wachsende Zahl älterer Mitbürger zu bauen.

Wenn wir in Zukunft (vermutlich immer noch ohne Stadtentwicklungskonzept) über die 'kleine Südumgehung' oder das Gebiet westlich der Avenue diskutieren, werden wir immer über beides diskutieren müssen.

Wir werden uns keiner Diskussion verschließen, aber was immer passiert: Der Eigentümer der Flächen, Sie ahnen es schon, der Herr Lessau, wird sich nach unserem Willen keine goldene Nase daran verdienen. Das Gold kann dann verwendet werden

für einen Ausgleich zwischen den Eigentümern an der Avenue und an der Allee.

Wohnhaus statt Tanke

Das Gelände der ehemaligen Esso-Tanke an der Möllner Landstraße wird bebaut und es bleibt auch Platz für die von der CDU gewünschte Linksabbiegerspur.

Das 3- bis 4-geschossige Eckwohnhaus ist nicht gerade zierlich, hat aber ein eher ansprechendes Äußeres (wenn es denn bei den bisherigen Planungen bleibt).

Wir haben dem Bau zugestimmt, weil es auch noch höher und breiter und vor allem deutlich unansehnlicher hätte kommen können.



Feldhamster und Grüne verhindern den Fortschritt!?

Der Feldhamster, Synonym für den Naturschutz (und für Grüne), blockiere Milliardeninvestitionen, wurde im NRW-Wahlkampf polemisiert. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Seit 1998 sind vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) bundesweit 24 Bauvorhaben registriert worden, in denen der Feldhamster eine Rolle spielte. In gerade Mal einem Fall (Golfplatz in Hessen) wurde die Planung gestoppt. Dass der Naturschutz im Gegenteil oft Motor einer nachhaltigen Regionalentwicklung ist (Tourismus, Ökolandbau) wurde gerne übersehen. Der Naturschutz ist eher nicht an den wirtschaftlichen Problemen des Landes schuld.

Das wirtschaftsfreundliche Handelsblatt sagt: "Harte Zahlen, die einen Arbeitsplatzabbau durch übermäßigen Umweltschutz belegen, gibt es nicht. Weder die Industrie- und Handelskammern noch das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen können dafür Belege liefern. Beim RWI lobt man sogar den ökologischen Strukturwandel im industriell geprägten Ruhrgebiet." (Handelsblatt, 20.5.05)

JA! zu Grün

70% WOLLEN DIE STAATLICHE FÖRDERUNG VON DIESELRUSSFILTERN (TNS Infratest)

75% BEFÜRWDRTEN EINE STÄRKERE BESTEUERUNG VON SPITZENVERDIENERN (TNS Infratest für Der Spiegel)

92% FINDEN UMWELTSCHUTZ WICHTIG (Emnid für das BMU)

80% WOLLEN DIE FLÄCHENDECKENDE EINFÜHRUNG VON GANZTAGSSCHULEN (Forsa)

86% UNTERSTÜTZTEN DIE ABLEHNENDE HALTUNG DER REGIERUNG ZUM IRAKKRIEG (Forsa für Stern)

56% BEFÜRWDRTEN DEUTSCHLANDS VORREITERROLLE IN DER KLIMASCHUTZPOLITIK (Emnid für das BMU)

85% SEHEN SONNENEENERGIE ALS DIE ENERGIE DER ZUKUNFT (Forsa für das BMU)

79% WOLLEN KEINE NEUEN ATOMKRAFTWERKE (Forsa)

59% ALLER ELTERN WOLLEN MEHR BETREUUNGSANGEBOTE FÜR KINDER UNTER DREI JAHREN (Forsa)

66% WOLLEN DIE BÜRGERVERSICHERUNG STATT MERKELS KOPFPFANDSCHULE (Umfrage Bartelsmann-Stiftung)

79% WOLLEN KEIN GENFOOD ESSEN (Forsa für Slowfood)

63% SIND MIT DER AUSSENPOLITIK VON JOSCHKA FISCHER ZUFRIEDEN (DeutschlandTREND)

Impressum

Herausgeber:
Bündnis 90 / Die Grünen,
Ortsverband Glinde

Redaktion:
Susanne Böhnert-Tank
(V.i.S.d.P.), Wolf Tank,
Thorsten Kalkbrenner

Druck:
Die Druckerei Zollenspieker
Auflage: 7900

Sie erreichen uns:

Susanne Böhnert-Tank
Wolf Tank
Kiefernbogen 1c,
21509 Glinde
Tel.: 7112330
Mail: W.Tank@t-online.de